

Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakts: Pöhl, Ernst, Dresden.

Abonnementpreise: einschließlich Frangoband monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Frangoband für Deutschland monatlich 6,50 M., Einzelnummer 30 Pf.

Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verkaufsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreise: die 8 spaltenige Kopfzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 8 spaltenige Kopfzeile 3,00 M. Bei mehrmaliger Abgabe Ermäßigung. Einzelne sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Kleinanzeigen 40 Pf.

Nr. 171

Dresden, Montag den 25. Juli 1921

32. Jahrg.

Der Fall Woelker u. Co.

Verantwortlichkeit der Mehrheitsparteien oder Beamtenhierarchie?

Die Ernennung Kuffels zum Amtshauptmann wird von den höheren Kreisen weiter agitativen ausgebeutet und von den höheren Beamten zur Erhaltung ihrer Stellung aufgeführt. So haben jetzt der Weizsäcker Bürgerbund und der Weizsäcker Bürgerbund einen offenen Brief an den Reichspräsidenten geschickt, in welchem um Aufhebung der Ernennung ersucht wird. Und in Dresden haben kleinere Beamtenkategorien (siehe unten!) das politische Problem zum Thema zweier Versammlungen gemacht.

Man könnte über den Fall Woelker u. Co. nunmehr zur Tagesordnung übergehen und das Weitere dem Vorstand überlassen, wenn der Fall nicht von grundsätzlicher Bedeutung und voller Sinn für die Arbeit der Arbeiter wäre. Es wäre nur noch verständlich, daß sich gewisse Beamtenkreise durch Ernennung politischer Kräfte in ihren Abwärtstendenzen bedroht fühlen. Aber das sollten sie ruck herauf lassen und der Verantwortlichkeit anderer sachdienliche Begründungen ersparen. Was soll man dazu sagen, wenn sich die Beamten des alten Regimes gewissermaßen über Recht auf alle gewerkschaftliche Traditionen berufen? Sie, die sich im alten Staat mit dazu gebrauchen ließen, die freien Gewerkschaften als rote Sünde wider den Staat zu bekämpfen? Wir können ihnen unter anderen revolutionären Erregungsstoffen auch die gewerkschaftlichen Revolutionen -- aber eine Diktatur der höheren Beamten möchte das Volk damit nicht errichten lassen.

Beamtenhierarchie wäre ein Volk sehr bald machtlos, die Parteien dagegen kann es von Wähltag zu Wähltag zur Verantwortung ziehen. Deswegen sind auch irgendwelche Partei-mitgliedschaft in einem demokratischen freien Lande nie halten kann, wenn die Volksmehrheit anders will!

Wir könnten Tugende von Zuchtwort aus dem Volks- und aus Beamtenkreisen veröffentlichen, die die Vertriebenheit breiter Kreise über die Festigkeit der Regierung im Falle Woelker-Kuffel ausdrücken und weiterhin fragen: Was wird mit Woelker? Es liegt uns fern, den Endgedanken dieser Fragestellung zu vertreten, obwohl Herrn Woelker früheres „Vaterland“ in einem solchen Falle kurze Treue gemacht hätte. Wir wollen aber nicht aus der Umkehrung gegnerischer Anwürfe die nachfolgende Parole ziehen: „Weg mit der Geheimratswürde!“ Diese Verallgemeinerung wäre ein Unrecht gegen zahlreiche höhere Beamte, die der Republik und Demokratie ihr ganzes Können und ihr bestes Können unentgeltlich geben. Aber an diesen Beamten ist es mit, in den Kreisen ihrer Kollegen etwas mehr Licht zu verbreiten über das, was das Volk von der Regierung nachdrücklich fordert: die Demokratisierung der Verwaltung, mehr Sicherheit gegen bürokratische Sabotage. Wollen jedoch gewisse Kreise die obige Parole durchsetzen propagieren, so können sie das eines Tages in aller Lebhaftigkeit haben! Bei dem Streit um die Frage, ob die politischen Parteien oder eine Beamtenhierarchie dem Volk verantwortlich sind, ist uns um das Wotum des Volkes nicht bange.

Was soll man weiter dazu sagen, wenn Woelker u. Co. wegen der Ernennung des Sozialisten Kuffel über „Partei-herrschaft“ klagen? Wie war's denn vom 19. November? Da redete es zu den Grundtagen der Staatsraison, daß jeder Beamte, vom Reichspräsidenten bis zum Regierungsrat, eine strenge konservativ-nationalliberale Gesinnung bezeugt und bewahrt. Wurde damals bei höheren Beamten etwa nach Redewesen und Lächerlichkeit allein entschieden? Wenn ja, dann hätte mancher tüchtige Beamte an anderer Stelle stehen müssen. Demals hätte die Zugehörigkeit zu feindlichen Kreisen und erklunden akademischen Verbindungen meist den Vortritt vor der politischen freien Betätigung. Und ein fröhlicher Beamter gar wäre mit Hurra geflohen -- aber nicht nach oben. Wir sind durchaus für die politische Freiheit der Staatsbeamten von oben bis unten, aber so weit kann die Freiheit nicht gehen, daß das Volk sich von Beamten des alten Regimes und konservativer Denkungsart die Erfüllung des Volkswillens bedrohen lassen konnte. Wollen Woelker und die Seinen bestrafen, daß solche Sabotage schon geübt worden ist? Ergo: Wir brauchen in den leitenden Verwaltungskreisen eine härtere Einwirkung mindestens republikanisch-demokratisch, befähigter Persönlichkeiten. Und die Regierung hat sie zu nehmen, woher sie solche Persönlichkeiten bekommen kann: aus den Kreisen der Politiker ebenso wie aus denen der Beamten. Groß ist die Auswahl ohnehin nicht.

Die sozialistischen Parteien müßten von der sächsischen Regierung im Gegenteil fordern, diesen Volkswillen mehr als bisher zu beachten und zur Förderung des Geistes der Verfassung mehr Stützen der Republik und Demokratie in leitende Verwaltungskreise zu bringen, wo immer sie in den republikanischen Kreisen geeignete Leute dafür findet.

In Sachen Woelker hat die Regierung von diesem ihrem Recht bisher wenig Gebrauch gemacht. Und da kommen Stimmen wie die sächsische demokratische Korrespondenz und wollen behaupten, solche „parteiliche“ Gesinnungskriterien müßten zur Korruption führen! Da kommen Blätter, die feineren im ersten Revolutionsstadium drauf und dran waren, sozialistisch zu werden, und jetzt heute darüber, daß dieser oder jener Amtshauptmannsposten sozialistisch besetzt werden konnte? Erkennst auch die politische Konjunktur so verändert, die Eiden? Und was die Demokratie anbelangt: Haben sie so rasch vergessen, was ihnen doch immermaßen geläufig war, als sie noch mit in der sächsischen Regierung saßen und was ihnen in der Reichsregierung noch heute durchaus geläufig ist? Haben sie z. B. davon noch nicht genug, daß die Weizsäcker eine sächsische Partei des Reichspräsidenten (und das mit Recht und aus staatlicher Notwendigkeit!) endlich in höhere Verwaltungskreise aufdrückte? Wissen sie etwa nicht, daß in vielen dieser Fälle die allgemeine Unzufriedenheit und demokratische Unzufriedenheit erheblich größer war als die Hoffenstimmung, die es ert zu erwerben galt?

In Sachen Woelker, wie gesagt, in diesem Punkte bisher recht wenig geschehen, weil unter den Politikern mit Verantwortlichkeitsgefühl sich niemand nach einem solchen Amte sehnt, das an den neuen Mann neue, ungewohnte Anforderungen stellt. Gerade die sächsische Regierung könnte ersähen, wie mancher aus sozialdemokratischen Kreisen die Übernahme eines solchen Amtes abgelehnt hat. Um so dünner, bodenloser und leichtfertiger ist daher der gegnerische Einwurf.

Als könnten die sozialistischen Parteien das schwierige Demokratisierungsproblem vom Standpunkt aus betrachten. Gegen die Demokratisierung der Verwaltung

Am Sonnabend hatten sich die höheren Beamten der inneren staatlichen Verwaltung in Dresden versammelt, um sich über die Ernennung des Amtshauptmann Kuffel zum Amtshauptmann auszusprechen. Der Dresdner Anzeiger meldet darüber:

Die Beamten nahen mit Ehrlichkeit gegen das Ministerium, das Ministerium der gesamten Beamten durch den Vorwurf subhorian hat, daß die Beamten nicht verantwortlich sind, sondern als Diener des Staatsganges, des öffentlichen Wohls, sondern als Diener einer Partei zu betrachten seien. Sie betonen, daß Minister Kuffel die Partei über den Staat stelle, und um dem Parteieninteresse zu dienen, einen Mann mit der schweren Aufgabe eines Amtshauptmanns betraut habe, ohne daß auch nur im geringsten dessen Betätigung nachgesehen worden sei.

Diese Behauptung ist eine glatte, parteipolitische Verdrehung des Falles. -- Und die „Arbeitsgemeinschaft der Vereine der wissenschaftlich vorgebildeten Beamten Sachsens“ hat sich mit der Angelegenheit befaßt und folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Arbeitsgemeinschaft der Vereine wissenschaftlich vorgebildeter Beamten Sachsens, der über 7000 höhere Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte umfassend, empfindet die Ernennung des Amtshauptmanns Kuffel, eines Mannes ohne die erforderliche theoretische und praktische Verwaltungskompetenz zum Amtshauptmann in Sachsen, ebenso wie die drohende Besetzung von Amtsleiterstellen in Bezirks-, Gemeinde- und Staatsämtern mit Nichtfachleuten als eine schwere Bedrohung der gesamten höheren, mittleren und unteren Beamtenhierarchie. Sie stellt sich mit der Verantwortung über die Sachverhalte, die durch den Kampf um die Lebensinteressen ihrer Mitglieder aufzukommen werden, ein in dem festen Willen, Maßnahmen abzunehmen, die den eigenen Beamtenkörper und damit den Staat in seinem Wohlbefinden gefährden.

Auch wir wollen keine bloßen Parteiphrasen schaffen wie der alte Staat, der den Geist der Verwaltung von der herrschenden Parteiheit bestimmen ließ. Das Volk vertritt im Gegenteil und mit Recht, daß in den leitenden Stellen der Volkswille zur Geltung kommt wie in allen freien Staaten. Wenn deshalb bei Ernennung politischer Leute der verantwortliche Minister diese oder jene Partei der Regierungskoalition befragt, ob sie ihm einen tüchtigen Mann vorschlagen kann, so erscheint das unter den üblichen Umständen selbstverständlich. Wenn jedoch bekannt ist, daß Kuffel sich in diesem Sinne gelegentlich an die Weizsäcker wandte, ein Vorwort wie einem Minister nur „Ja“ zu machen, wenn er den so vorgeschlagenen annahm, dann ist er ihm ungeeignet ersähen. Und schließlich: die Verantwortlichkeit für solche Ernennungen tragen vorm Volk die Regierung, der Landtag und die Parteien, die sie genehmigen -- nicht aber eine Beamtenhierarchie! Gegen eine

Zwei Anfragen im Landtag

Die Reichspräsidenten Fraktion hat im Landtag eine Anfrage eingebracht, in der es unter anderem heißt: Wie will die Regierung entgegen der Tatsache, daß auch bisher, jeder Staatsbürger mit entsprechender Ausbildung in alle Beamtenstellen einzustellen konnte, die Ernennung des Amtshauptmanns Kuffel zum Amtshauptmann von Leipzig und dessen Tätigkeit fest und Eignung für diesen Amt begründen?

Von der Reaktion der Deutschen Volkspartei liegt folgende Anfrage vor: „Ist die Regierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, nach welchen Gesichtspunkten sie bei der Ernennung des Amtshauptmanns Kuffel von Leipzig im Juli 1921 verfahren ist, und nach welchen Gesichtspunkten sie hinsichtlich der Befähigung gleichzeitiger oder späterer Amtshauptmannstellen zu verfahren gedenkt?“

Die deutsche Antwort an Frankreich

Paris, 24. Juli. Auf die Aufforderung, die der französische Vorkommandant in Berlin am 16. Juli bei seiner Abreise wegen Oberbefehligen der deutschen Regierung abteilte, hat der Reichsminister des Innern heute Abend dem französischen Vorkommandanten folgende Antwort übergeben:

Die deutsche Regierung hätte es für unmöglich gehalten, die es erhobenen Vorwürfen zu entsprechen könnten, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zureichend unterrichtet gewesen wäre. Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Kerand sowie die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung, auf die sich die von dem französischen Vorkommandanten abgeteilte Aufforderung beruht, haben sich ebenfalls nicht mit den tatsächlichen Zuständen im Zusammenhang.

Die Lage in Oberschlesien ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getraut. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe. Die deutsche Bevölkerung hat überhaupt nicht daran, die Weizsäcker einen Krieg mit der Gewalt zu veranlassen und wünscht nicht schlechter, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihren Berufs eine Erlösung durch polnische Gewalttaten nahen zu können.

Die französische Aufforderung verweist auf angeblich ungenügende Beweisaufstellungen und unummittelbare Herausforderungen des Generals Döber.

Die Schmeze des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffes leuchtig ist. Der deutschen Regierung ist trotz Radikalismen von verschiedenen Seiten über Herausforderungen des Generals Döber nicht bekannt geworden.

Die Antwort befaßt sich ferner mit den angeblichen deutschen Absichten.

Die Behauptungen über den deutschen Selbsthieb sind nicht zureichend. Die deutsche Regierung muß zunächst die Verantwortung für den oberirdischen Selbsthieb ablehnen. Sie betont -- wie in ihrer Note vom 22. Mai -- erneut mit Nachdruck, daß der oberirdische Selbsthieb sich als eine aus dem Zusammenbruch der Bevölkerung hervorgegangene Reihenfolge darstellt, die sich in einem Weizsäcker gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entgegen und der

Verwaltung der Interessierten Kommunikation unterstellt ist. Die in der Aufsichtnahme enthaltenen Angaben über die Stärke des Selbsthiebes, über die zahlenmäßige Beteiligung von Nichtbeschießenen entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen. Nach den gemäß den mit der Interessierten Kommunikation getroffenen Abmachungen, erfolgte Auslieferung des Selbsthiebes und keine abschließende Festlegung in ihrer Wohnstätten zurückzuführen, soweit ihnen dies bei dem immer noch herrschenden polnischen Terror möglich war. Die übrigen Auslieferungen haben sich in ihre Heimat begeben und über durch den Zustand unterstützte Bewusstseinsfreiheit wieder aufgenommen, ohne haben, soweit sie erbeten waren, von der ihnen in schlesischen und anderen Kreisen unter Beihilfe der Gouvernements und anderer Organismen vermittelten Arbeitsgelegenheit Gebrauch gemacht. Die deutsche Regierung hat, ihren Aufstellungen gemäß, die in das unbesetzte Deutschland übervertratenen Teile des Selbsthiebes, soweit sie noch im Besitz von Waffen waren, von den aufgestellten Selbstverteidigungskomitees entmachtet lassen. Sollten wider Erwarten auf unbesetzten Gebiet vorzeitig noch bewaffnete Truppen auftauchen, werden sie entwaffnet und ausgeliefert werden.

Die französische Aufforderung behauptet ferner, daß die Charakteristik des Selbsthiebes an Ort und Stelle geblieben sei, und daß General Döber sich in Berlin befinde. Dies ist nicht der Fall. Das Kommando des Selbsthiebes, das in Oberschlesien seinen Sitz hatte, ist aufgelöst und zerfallen. General Döber ist sich von Berlin nach seinem Wohnort Richtung Dresden und ist mit 12. Juli über Dresden am 11. Juli in Berlin geblieben.

Während somit eine

Gefährdung des Friedens nicht vorliegt, die sich in den letzten Tagen geäußert hat, ist die deutsche Seite keineswegs bereit, sich zu erweisen, das in den Umständen ungegünstig beeinflusst wurde. Der deutsche Reichspräsident hat ausdrücklich bei der Ernennung mit dem gesamten Schwert auf dem Rücken am 22. Juni in einer Erklärung mit dem französischen Vorkommandanten über das Mannuskript unter seiner Aufsichtnahme beim Kaiser gesprochen, daß er an die unerschütterliche Allianz der polnischen Vorkommandanten, das

Montag den 23. Juli 1921

Zweites Heft

Montag den 23. Juli 1921
Lernungsgebiet zu räumen, nicht glau...

und Teile der Gassen-Turpen mit den schweren Waffen über die Grenze gezogen...

Setzen der französischen Besatzungsstruppen, die gegen die deutschstämmige Bevölkerung mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgehen...

Vereten des Landes
Fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Verdrängungen und Verschleppungen deutscher Bevölkerung...

das Hauptamtliche Amt
In Betreff einer internationalen Hauptamtlichen Kommission...

Verrechnung der französischen Streitkräfte
Inwieweit diese beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Entschädigung...

Orientierung auf Frieden
Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie das Mittelmeer nicht nur angeschlossen hat...

Zurückführung des Friedensvertrages
ob es gelingt, die Völker dazu zu bewegen, überlebens den Friedensvertrag zu unterschreiben...

Sehen die französische Extratour
Paris, 23. Juli. Der französische Botschafter hat bei seinem heutigen Besuch...

Leben • Wissen • Kunst
Im Naturfreundehaus in der Sächsischen Schweiz
Goldene Ferienstage, Tage der Freiheit und Unabhängigkeit...

Neutralisierung Oberschlesiens?
Paris, 23. Juli. Da die Alliierten sich über die ober-schlesische Frage nicht einigen können...

Entwaffnung in Oberschlesien
Cassel, 23. Juli. Aus den Kreisen Deutscher und Franzosen wird berichtet, daß die einseitigsten Angaben...

Ueber Antwerpen oder Danzig?
Paris, 23. Juli. Der Journalist hat berichtet, daß die französischen Truppenüberführungen...

Bonomi gegen die Faschisten
Rom, 23. Juli. Ministerpräsident Bonomi antwortete in der Kammer auf eine Anfrage...

Die „Hundertchaft zur besonderen Verwendung“
Am 15. Juni 1921 wurde der Oberwachtmeister Rudolph in Berlin tot aufgefunden...

Peter Equenz im Großen Garten
In der letzten Zeit nach dem Dreijährigen Krieg haben sich durch eine reichliche Anzahl Theatertruppen...

Ueber die Entlassung der Hundertchaft und ihre besonderen Bestimmungen wird mitgeteilt:

Die Hundertchaft hat sich ausschließlich des Kampfes auf Seite der Deutschen beteiligt...

Es wird dann weiter geschildert, wie aus Anlaß der Waffenabgabe zahlreiche Munition, Pistolen, Gewehre...

Die „Hundertchaft zur besonderen Verwendung“
Am 15. Juni 1921 wurde der Oberwachtmeister Rudolph in Berlin tot aufgefunden...

Die Sachleistungen
Wie die I. II. teilbar sind die zum 1. Juli 1921 an die deutsche Ausgabe an Sachleistungen gerichtet worden...

Theater
Das Kammers-Theater, wie manche andere der kurgastlichen Warte der Stadt...

Vertical text on the right edge of the page, including page number and other markings.

SPD. 4. Unterbezirk

Bezirk Ottendorf-Lausa-Weirdorf.
Ammon den 25. Juli, abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Bestenfalls am Samstag,
den 30. Juli, abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Treiben. Hinab der Be-
trieb ist am Samstag in Ottendorf. Erhalten
ist in Ottendorf.

4. Kreis, 6. Gruppe.

Den Vereinen zur Nachricht: Das Mitglied
Gustav Scheuermann
am 25. Juli abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Bestenfalls am Samstag,
den 30. Juli, abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Treiben. Hinab der Be-
trieb ist am Samstag in Ottendorf. Erhalten
ist in Ottendorf.

Deutsch-Laborkameradschaft, 8. Kreis, Dresden

Allen Mitgliedern hierdurch die Nachricht:
Das Mitglied
Gustav Scheuermann
am 25. Juli abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Bestenfalls am Samstag,
den 30. Juli, abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Treiben. Hinab der Be-
trieb ist am Samstag in Ottendorf. Erhalten
ist in Ottendorf.

Theodor Anders

am 25. Juli abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Bestenfalls am Samstag,
den 30. Juli, abends 8 Uhr im Material-
teller in Ottendorf. Treiben. Hinab der Be-
trieb ist am Samstag in Ottendorf. Erhalten
ist in Ottendorf.

**Zuschneider
Borrichter
Borrichterinnen
Handzwicker
Arbeiter**
für
Maschinenwenderei
alle in der Nähe der höchsten Lohn für dauernde
Beschäftigung ein.

Walther Ed. Müller, Luxusschuhfabrik
Zeißner Straße 3. 1921

Ball-Anzeiger

- für Montag den 25. Juli:
- Carolasäle** Opernstraße 51. U. 1, 3, 5 Uhr
 - Deutsche Reichskrone** Hauptstadtstr. 27. Abends 8 Uhr
 - Schusterhaus** Hauptstadtstr. 65. Abends 8 Uhr
 - Gasthof Pieschen** Torgauer Str. 38. Abends 8 Uhr
 - Goldnes Lamm** Trachau. Abends 8 Uhr
 - Paradiesgarten** Hauptstadtstr. 27. Abends 8 Uhr
 - Größe Ballschau** Hauptstadtstr. 27. Abends 8 Uhr
 - 2 Kapellen** Hauptstadtstr. 27. Abends 8 Uhr

Vaterland

Selige drei Nächte
oder: Die tote Stunde.
Abenteuerdrama, 5 gr. Akte.
Hauptrolle:
Erika Gläser.
Von Freitag bis Montag:
Der
Todeskampf um Barlio
1 Teil.
Ein tollkühner Raub.
Texas-Jack, Wild-West.
Abenteuerdrama in 6 großen, atmosphärisch-
spannenden Akten. 1921
Dazu ein köstliches Lustspiel.

Besohle
mit gerant mit
bunten, sowie ganz
schön gemacht!
3 x halbe, ebenso
mit gerant mit
bunten, sowie ganz
schön gemacht!
3 x halbe, ebenso

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag Nur noch 3 Tage!!

dauert unser Saison-

Ausverkauf

mit seinen riesigen Preisherabsetzungen!

Noch ist es Zeit

Ihren Bedarf zu den spottbilligen
Ausverkaufspreisen zu decken

Denken Sie daran Sie sparen bares Geld

L. Hoffmann Kaufhaus

Dresden-Löbfau / Straßenbahn Linie 7, 13, 22 Kessel/dorfer Str. 20

Straßenbahn-Linie 7, 13 halten z. Z. vor unserem Kaufhaus

*Bankhaus
Grieshammer & Söder
Dresden-A., Viktoriastraße 28
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Fernsprecher 12451*

Die Trekkantwerke!
KWIS AMMEN!
Germania Fahrräder
sind die idealsten
und billigsten
Beförderungsmittel
Carl Wierhann
Mechanikermeister, Werkzeugmaschinen-
fabrik, Pragerstraße 9, Pragerstr. 33,
König-Johannisstr. 107/33,
Telefon 13265-1-2-3-4-5-6-7-8-9-10

**Wanzen
samt Brut
vernichtet**
der neue Dampf-
Desinfektions-
Apparat „Radikal“
Geringe Kosten! Guter Erfolg!
Von Fachleuten empfohlen.
Vollständig mit 140 Bildern.
Verkaufsstellen:
Hammerstr. 6, Gr. Brauhaus, R. Weibers 37,
Friedrichstr. 15, Hermannstr. 12, Friedrichstr. 12,
Friedrichstr. 12, Hermannstr. 12, Friedrichstr. 12,
Friedrichstr. 12, Hermannstr. 12, Friedrichstr. 12,
Friedrichstr. 12, Hermannstr. 12, Friedrichstr. 12,
Friedrichstr. 12, Hermannstr. 12, Friedrichstr. 12,

Walthorius Hiesfeldt
Angebot:
Aus meinem Leben
3 Bände 45 Pf.
Volksbuchhandlung.

Die Rennbahn im Hause
Pferde-
Weltrennspiel
„Favorit“
mit Federband
Roulette-Spiel „Monte Carlo“
Deutsches Patents
Konkurrenzlos, Behördlich genehmigt
Für Unternehmern außergewöhnliche Vorteile
Alleinige Fabrikanten: Jungblut & Co.
Deutsche Spielzeug-Fabrikanten: Berlin,
Tiger Straße 111, 1

Weinhold's Führer
Nachdem wir mit Glanz und Ruhm durch
die letzten Jahre hindurch die
erprobte und bewährte Methode
mit einer Reihe von wertvollen
Zeugnissen und liebevollgeleiteten
empfohlen die

**Billige, gute
Obstweine**

C. Spielhagen

Heinrich Heine
ein Leben und Lehren
von Hermann Müller.
Preis 9.00 Mark.
Volksbuchhandlung
und Filialen.

Wolle
Manch

Große Auswahl

Corbis u. Ung.

Der junge

Breisringe als Ausbeuter

Von H. Ellinger.

Wissenschaftlich haben sich im letzten Jahrzehnt die Unternehmungen des Baugewerbes und der Bauhandwerkergewerbe erfolgreich am die Schaffung von Organisationen bemüht. deren Zweck die Sicherung des Unternehmensgewinns auf Kosten der Allgemeinheit ist. Es sind Vereinigungen gebildet worden, deren Ziel die Erzeugung so hoher Preise ist, daß der baubeherrschende Unternehmer nicht nur selbst einen ansehnlichen Gewinn in die Tasche stecken, sondern auch die freiwillig oder unwillig ausübenden Unternehmer am Gewinn teilnehmen lassen kann. Daß dadurch das Bauwesen gewaltig vorangetrieben ist, ist selbstverständlich. In ihrem Kampfe gegen die sozialen Baugewerkschaften und Arbeitervereine haben diese Unternehmungen in der Regel eine freundschaftliche Ausbeutung durch solche Preisringe begründet. Diese sind, das Unternehmen ist die ausübende Tätigkeit, sogar das Bandenwesen derartiger Preisringe weit verbreitet. Es ist deshalb notwendig, der Öffentlichkeit einmal Einblick in das Wesen und Treiben einer solchen Preisvereinigung zu geben.

Nach den Ausführungsbestimmungen zu den Statuten der Vereinigung Berliner Beton-, Eisen- und Deckenbaugeschäfte hat jedes Mitglied der Vereinigung die Pflicht, von jedem Angebot, das ihm vorliegt, zu verlangen, oder das es bei öffentlichen Verträgen unanfechtbar abzugeben beabsichtigt, dem Geschäftsamt der Vereinigung Mitteilung zu machen. Vor Abgabe des Angebots muß die Aufzeichnung des Geschäftsamtes abgewartet werden. Jedes Mitglied hat dem Geschäftsamt von dem Bestehen des Angebotes zu berichten. In einem besonderen Falle den Beweis zu erbringen, daß eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots an ihn gelangt ist. In einem Falle der Aufforderung zur Ausführung von Arbeiten erweist, so hat es das Geschäftsamt von der Auftragserteilung mit den erforderlichen Angaben über Auftragssumme, Auftraggeber und Arbeitsumfang unverzüglich zu benachrichtigen. Die Deckung der Unkosten des Geschäftsamtes hat jedes Mitglied für jede Arbeit, abgesehen von einzelnen Fällen, innerhalb 14 Tagen nach Eingang jedes Auftrages 0,25 Prozent der Auftragssumme in bar an die Vereinigung abzurufen. Der Vorstand der Vereinigung ist berechtigt, durch den Geschäftsführer der Vereinigung die Richtigkeit der aufgegebenen Auftrags- und Rechnungssumme nachprüfen zu lassen.

Die eigentliche Preisvereinbarung wird durch § 3 der Ausführungsbestimmungen geregelt. Danach teilt das Geschäftsamt jedem, der ein Bauvorhaben gemeldet hat, die Namen derjenigen Unternehmer mit, die gleichfalls die Ausführung zur Abgabe eines Angebots gemeldet haben. Sollte eine solche Mitteilung, laßt der Geschäftsleiter Kenntnis an dem Bauvorhaben beteiligten Unternehmer zu einer Besprechung mit Rücksicht, die einer Einladung zu einer Preisvereinbarung nicht Folge geleistet haben oder in der Sitzung nicht erschienen waren, müssen sich den Beschlüssen der Preisvereinbarung unterwerfen. Werden außerhalb des Geschäftsamtes Vereinbarungen getroffen, so ist der Inhalt dem Geschäftsamt sofort bekanntzugeben. Verfehlungen hiergegen sind der Vorstand mit einer Strafe belegen. Sollte zwischen mehreren der Mitglieder eine Vereinbarung stattgefunden haben, so ist jedes Mitglied, das nachträglich zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert wird, verpflichtet, sich dieser Vereinbarung anzuschließen und den ermittelten Mindestpreis einzuhalten und zwischen die anderen Beteiligten sich einzurufen.

Sehr interessant ist der weitere Satz, wonach die vorstehenden Bestimmungen auch Anwendung finden im Kartell mit dem Beton-Vau-Arbeitsgewerband, dem Verband der Baugeschäfte und dem Fleischaufnehmerverband. Man kann aus dieser Bestimmung ersehen, daß die gesamten Bauunternehmerverbände von Groß-Berlin an den Abmachungen der Preisvereinbarungen beteiligt sind. (Eingeweihte wissen, daß sich die Abmachungen nicht nur auf Berlin, sondern über das ganze Deutsche Reich erstrecken.) Aus dem § 3 ist außerdem noch folgende Sache interessant:

Dat ein Mitglied unter Verletzung der Mitgliedschaft ein Angebot abgeben, nachdem eine Vereinbarung getroffen war, so ist es verpflichtet, dieses Angebot zu widerrufen. Ist dem Nichtabgeben der Vereinbarung anzuhalten.

Das Geschäftsamt erhält 10 Prozent von der durch Vereinigung für die ansässigen Firmen festgesetzten, durch das Geschäftsamt zu zahlenden Gewinnbeteiligung oder Aufsichtsumme.

Schätzung nach der durch § 2 von der ausübenden Firma zu leistenden Auftragsleistung.

Um sicher zu sein, daß kein Mitglied der Vereinigung die zitierten Bestimmungen umgeht, sind im § 4 der Ausführungsbestimmungen für Hebertretungen Strafen festgelegt. Diese betragen für unrechtmäßige, für verbötene oder unterlassene Meldung bis zu fünf Prozent und, wenn die Firma den Auftrag erhalten hat, bis zu acht Prozent der Auftragssumme. Auch bei nicht rechtzeitiger Einzahlung der „Aufsichtsummen“ sind Strafen festgelegt. Damit sich diesen Strafen bei Hebertretungen kein Mitglied entziehen kann, hat jedes Mitglied 5000 Mark in bar oder in mündelsicheren Wertpapieren zu hinterlegen. Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges. Auf diese Weise sucht man sich vor dem Bekanntwerden der Praktiken des Preisringes zu schützen.

Ueber die Tätigkeit dieser Preisorganisation hat neulich die Zeitschrift „Wirtschaft“ am Hand von Originalprotokollen der Vereinigung Berliner Beton-, Eisen- und Deckenbaugeschäfte berichtet. In einem der Protokolle hieß es:

Teil: Bau Langgast Straße, Baumwerk, Hochbauwerk, Betonarbeiten

Der Direktor Langgast für H. O. für Beton- und Mauerbau, Herr Schmidt, Bau u. Frost u. Frost H. O., Herr Dietrich, Bauwerk f. Johann Dietrich.

Es wird vereinbart: Die Beton- und Mauerbau H. O. wird gefordert und gibt mit 169,08 M. den billigsten Preis ab, den Oberbau um 2 Prozent, M. u. F. um 5 Prozent, T. u. Z. um 8 Prozent schließend überzinsen.

Die Firma, die den Auftrag erhält und die Arbeit ausführt, verpflichtet sich, aus dem zu erzielenden Unternehmensgewinn ein Drittel der Auftragssumme in bar oder in mündelsicheren Wertpapieren von 4 1/2 Prozent — vereinzelt Prozent — der Auftragssumme, zur gleichen Verteilung unter die ansässigen Firmen zu zahlen.

Wiederum verpflichtet sich, bei der nächsten Auftragserteilung der Berliner häußlichen Bauwerke, ebenfalls auch bei einem anderen Objekt zugunsten der Firma Oberbau zu unterstützen.

In einem anderen Protokolle wurde die Firma, die den Auftrag bekam, verpflichtet, aus dem zu erzielenden Unternehmensgewinn drei Prozent der Auftragssumme — wofolglich der Auftragssumme, nicht des Unternehmensgewinnes — zur gleichen Verteilung an die ansässigen Firmen zu zahlen.

In dieser Weise wurde bis in die neueste Zeit hinein von den Unternehmern des Baugewerbes und ihrer Organisationen gearbeitet. Im zahlreiche Millionen sind dadurch die öffentlichen Körperstätten und sonstigen Bauauftraggeber geschöpft worden. Durch die Gründung sozialer Baubetriebe haben die Verbände der baugewerblichen Kauf- und Handarbeiter Deutschlands diesem verwerflichen Treiben Einhalt geboten. Sie haben die Unternehmer gezwungen, sich wieder im öffentlichen Wettbewerb um die Ausführung von Bauarbeiten zu bemühen. Kein Wunder, daß die Unternehmerverbände des Baugewerbes einen maßlos gehässigen und erbitterten Kampf gegen diese Betriebe führen. Als die sozialen Baubetriebe auf dem Plan erschienen, waren diese Betriebe fast bei allen Arbeiter, um die sie sich bemühen, wie ein Stein ins Meer geworfen. Die Arbeiter haben sich sofort mit der kapitalistischen Konkurrenz zu ringen, obwohl sie ihre Arbeiten genau nach den gleichen Grundätzen berechnen wie in der ersten Zeit ihres Bestehens, ja zum Teil noch wesentlich billiger geworden sind. In zahlreichen Fällen bietet heute das Privatunternehmertum unter den wirtschaftlichen Selbstkosten an, so daß die Vermutung naheliegt, daß auch die Unternehmervereinigungen ihre Hände im Spiel haben und daß bei ihnen die Absicht besteht, die verhassten Baubetriebe der Allgemeinheit mit Mitteln ihrer Organisation niederzukämpfen, um wieder freie Bahn zur Fortsetzung der alten Ausbeutungspraktiken zu bekommen. Die Allgemeinheit hat das größte Interesse daran, es nicht dahin kommen zu lassen, sondern die sozialen Baubetriebe mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Sächsische Angelegenheiten

Sachsen und die Getreideumlage

(M. R.) Nach dem vom Reichstage beschlossenen Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide sind im neuen Erntejahr im ganzen Reich 25 Millionen Tonnen Getreide (Weizen, Roggen und Gerste) durch Umlage aufzuführen. Einem rohen Durchschnitt zufolge träfen demnach auf jedes Hektar 25 Doppelzentner Getreide. Die wirkliche Umlage auf die einzelnen Länder nimmt aber nicht die Höhe zur Grundumlage, sondern geht von der Ertragsfähigkeit des Bodens aus. Die Umlage haben die Länder deshalb nach dem Anteil aufzubringen, mit dem sie an dem Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920 beteiligt sind.

Insbesondere kommt es in Sachsen, das nach Braunschweig und Schaumburg-Lippe im ganzen Reich die höchsten Durchschnittserträge aufzuweisen hat, ziemlich schlecht weg. Für Sachsen wirkt weiterhin die Art und Weise, wie die Umlage verteilt worden ist, recht ungünstig. Um nämlich den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit, die sich aus Kleinbäueri und Teufelstellungen ergeben, Rechnung zu tragen, wird nach dem Gesetz das Gesamtanbauverhältnis von 25 Millionen Tonnen vom Reich für jeden Selbstverwalter nach dem Betrag von 144 Kilogramm und mit die die gesamten Selbstverwaltergruppen übersteigenden Deputationsleistungen erhöht. Den einzelnen Ländern wieder wird je nach der Zahl ihrer Selbstverwalter und den geleisteten Deputationsleistungen der entsprechende Betrag von ihrem Umlageaufschlag abgezogen. Länder, die wenig Selbstverwalter und Deputationsleistungen haben, konnten dadurch in hohem Maße gegenüber Ländern mit viel Selbstverwaltern und Teufelleistungen, insbesondere Sachsen, wo durchschnittlich nur jeder zwölfste Mann Selbstverwalter ist, während z. B. in Bayern jeder dritte Mann dies ist.

Um bei der Anteilmessung seiner Landwirtschaft Sachsen nicht so ungünstig in der Umlage zu stellen, hatte Sachsen mit Erfolg im Reichsrat den Standpunkt vertreten, daß höchsten die Selbstverwalterbedarf, und zwar nur mit 30 Kilogramm für den Kopf, bei der Umlage berücksichtigt werden möchte, daß aber von jeder weiteren Verteilung der Umlage abgesehen werden sollte. Der Reichsrat hat diesem Vorschlag zugestimmt. Leider aber hat der Reichstag nicht nur die Deputationsleistungen von der Umlage gestrichelt, sondern auch noch die Selbstverwaltergruppen auf 144 Kilogramm erhöht.

Die Folge von alledem ist, daß während die Durchschnittsumlage im Reich 25 Doppelzentner auf das Hektar beträgt, Sachsen 382 Doppelzentner je Hektar abzuliefern hat. Die Unterverteilung selbst kann gleichfalls nur nach den Grundflächen erfolgen, wie sie das Reich für die Länder anwendet. Die Umlage ist also nicht nach der Anbaufläche auf die Kommunalverbände zu verteilen, sondern nach dem Anteil der Kommunalverbände an dem Durchschnittsernteertrag Sachsens in den Jahren 1906 bis 1920. Bei diesem Umlageverfahren sind die besonderen Verhältnisse eines jeden Kommunalverbandes am besten berücksichtigt. Kommunalverbände in guter Bodenschicht werden dabei über den Landesdurchschnitt (382 Doppelzentner) kommen, während andre mit schlechter Bodenschicht weniger abzuliefern haben werden. Eine entsprechende Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse wird bei der weiteren Umlage auf die Gemeinden und einzelne Erzeuger stattfinden.

Ablösung aller kurzen Freiheitsstrafen durch Geldstrafen

Die mit Ideen, ist in Kürze eine Revue zum Strafrechtbuch zu erwarten, die in höchst erfreulicher Weise die kurzen Freiheitsstrafen einschränken und durch Geldstrafen ersetzen soll. Weil nämlich die allgemeine Strafschwereform nur ziemlich geraume Zeit im Anschluß nehmen wird, soll unvermeidlich dieser allgemeinen Reform der Entwurf eines „Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe“ dem Reichstag vorgelegt werden.

Im gegenwärtigen Strafrechtbuch ist das Strafmaß der Geldstrafe verhältnismäßig gering angesetzt, so daß der Richter in vielen Fällen auf Freiheitsstrafen erkennen muß, weil das Gesetz nur diese zuläßt. Es könnte dann bisher höchstens noch im Schwadmerwege geholfen werden. Die geringen Freiheitsstrafen aber haben sehr viel gegen sich, weil schon die Entziehung der Freiheit auch auf nur kurze Zeit als ein sehr hartes und ehrenwürdiges Urteil empfunden wird. Und es würde eine Geldstrafe genügen, um denjenigen, der erstmalig getrauscht ist, wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Somit wir über den Entwurf erfahren konnten, soll für ein Vergehen, für das nicht mehr als ein Monat Freiheitsstrafe erwirkt ist, künftig allgemein an Stelle der Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkannt werden können, wenn dadurch der Strafzweck auch erreicht werden kann.

Nach einigen Stunden lautete der Reporter auf, er brachte neue Kunde.

„Nehmen Sie sich auf Arges gefaßt, junger Mann.“

„Weshalb?“

„Voll Cotton ist in der Stadt.“

„Woher wissen Sie's?“

„Ich sah ihn in einem Automobil. Wenn er in solchen Zeiten das Nord-Tal verläßt, handelt es sich um etwas Ernstes, seien Sie dessen gewiß.“

„Was mag er vorhaben?“

„Das kann man nicht wissen. Er kann sie überfallen oder aus der Stadt in die Wüste verschleppen lassen; vielleicht läßt er Sie auch bloß verhaften.“

„Ist überlegte einen Augenblick. Wegen Verleumdung?“

„Oder wegen Landfriedensverletzung, oder auf den Verdacht hin, eine Bank in Texas ausgeraubt, oder Ihre Urgroßmutter in Tasmanien ermordet zu haben. Jedenfalls werden Sie hinter Schloß und Riegel gehalten werden, bis alles wieder ruhig ist.“

„Nun — meinte Dal — ich möchte nicht gerne eingesperrt werden, will nach Western City fahren. Ich warte auf den Zug.“

„Sie können Sie bis zum Morgen warten.“ — erwiderte Keating. „Es hat einen Unfall auf der Strecke gegeben, ein Frachtwagen ist entgleist, bei der Gleise aufgerissen, es wird noch eine Zeitlang dauern, bis die Strecke befahren werden kann.“

„Er war gültig genug zu sagen, es sei eine tothaarige Schönheit, deren einziger Schwarm ein trunkflüchtiger, alter Vater ist. Ich kann mir denken, daß sie es im Kohlenrevier schwer genug hat.“ — Er verstaunte einen Augenblick. „Sie können dem Mädchen nur schaden, wenn Sie irgend etwas unternehmen. Niemand glaubt an die Tugend der Frauen aus den Kohlenrevieren. Weiß Gott, wie die armen Seelen anständig bleiben können, wenn solche Männer die Gruben verwalten und alle Macht in Händen haben.“

„Der Keating — fragte Dal — glauben Sie das, was Cartwright gesagt hat?“

Keating zündete sich eben eine Zigarette an, — er hielt das brennende Streichholz einen Augenblick in der Hand und beagnete Dal's Blick. „Mein lieber Junge, ich habe doch hier nicht meine eigene Ansicht zu haben.“

„Und was antworteten Sie Cartwright?“

„Das ist wieder etwas anderes. Ich sagte, ich sei schon viele Jahre Journalist und kenne das Spiel.“

„Danke“ — entgegnete Dal. — „Es dürfte Sie interessieren zu wissen, daß an der ganzen Geschichte kein Wort wahr ist.“

„Das freut mich. Ich glaube Ihnen.“

„Auch dürfte es Sie interessieren zu erfahren, daß ich nicht ruhen werde, bis Cartwright seine Verleumdung zurückgezogen hat.“

„Sie sind ein unternehmender Herr!“ — lachte der Reporter. „Haben Sie denn nicht damit genug zu tun, die Leute aus dem Schmutz zu befreien?“

Willy Keating sagte, er kenne einen Mann, der mit ihm im Geheimen sprechen und ihn verraten wolle, was gegen Dal geschick sei. Als Dal und Keating sich mit Mac Kellar zum Abendessen setzten, ging Willy. Die Familie Mac Kellar wachte es nicht, im Esszimmer zu bleiben, der seine Zeit vor in einem oberen Raum gedekt. Mac Kellar's Frau und Tochter konnten man die Unruhe anmerken und Dal erkannte wieder den Terror, der das Leben im Kohlenrevier beherrschte. Hier, in einem amerikanischen Raum, waren Amerikanerinnen, Frauen, deren Kultur und Bildung nichts Fremdes war; und doch entsanden und handelten sie, als wären sie russische Revolvertüter, von der Armut und Dürftigkeit bedrückt.

König Kohle

Roman aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung Von Upton Sinclair

Dann erschien auch Keating, brachte eine aufregende Geschichte mit. Schulmann, der Generaldirektor der Allgemeinen Bergarbeitergesellschaft, hatte überallhin Boten geschickt, Willy zu suchen, schließlich war es gelungen, den Reporter Schulmann's Bureau zu lokalisieren, dort hatte man ihm abends geschmeichelt und abends Cartwright telephoniert, daß er Nord-Tal herunter, bemühte sich Keating davon zu überzeugen, daß er der Gesellschaft untreu sei, erwähnte nebenbei, daß Dal der Gesellschaft gegenüber einen Erpressungsvertrag gemacht habe, außerdem hatte er auch im Nord-Tal ein Versteck gefunden.

„Dal hatte seinen Freund an. Ein Mädchen verführt!“ rief er aus.

„So lagie er, eine tothaarige Islanderin.“

„Wohin verdammt keine Seele!“

Schweigend trat ein, das schließlich von Willy's Lachen worden ward. „Starren Sie mich nicht so wütend an, ich habe es ja nicht gesagt.“

Doch Dal hatte noch immer. „Das Schmutzige, kleine Schwein!“

„Nehmen Sie's nicht so tragisch, mein Schönlain“, sagte die Bekannte beruhigend. „Es ist ganz ordentlich, in den Tagen den Namen einer Frau hineinzusetzen. Und auch ein Mann, denn es gibt selbstverständlich immer eine Frau. Die Frau sollte doch auch?“

„Es ist ein vollkommen unabhängiges Mädchen.“

„Aber Sie waren mit ihm befreundet, sind zusammengekommen, was Sie von anderen gesehen werden konnten?“

„Ja.“

„Natürlich, daher kommt das. Und Sie können gar nicht dagegen tun.“

„Das werden wir schon sehen!“ — brach Dal los.

Keating blinde neugierig auf den zornigen, jungen Bergarbeiter. „Was wollen Sie tun? Ihn eines Nachts verhaften?“

„Der junge Bergarbeiter beobachtet die Frage nicht und lacht.“

„Sie logen, er hätte das Mädchen befreundet?“

Maus...
Pferde...
Favorit...
Carle...
ganz...
h...
u...
F...
M...
sw...
U...
M...
r...
e...
t...

Eine weitere Mäße war wieder die, daß bei hohen Gehältern auf Grund der steigenden Veranschlagungen im Jahre der Abschreibungslasten auf sehr hohe Abschreibungssätze als Betrag erkannt werden konnte. War doch eine Gehaltszahl bis zu 15 1/2 in eine einjährige Abschreibungslast umzusetzen. Nunmehr soll die Mäße dazu kommen, ein Betrag bis zu 100 1/2 einem Tag Abschreibungslast gleichgesetzt werden.

Die sehr erwünschte und sehr wirksame Mäße ist vor allem auf Ansehen des (schätzlichen) Justizministeriums zurückzuführen.

Steigerung des Kraftwagenverkehrs

Der Kraftwagenverkehr hat in Dresden gegenüber der Vorjahreszeit stark zugenommen. Der Kraftwagenverkehr hat in Dresden gegenüber der Vorjahreszeit stark zugenommen. Der Kraftwagenverkehr hat in Dresden gegenüber der Vorjahreszeit stark zugenommen.

Leipziger Mehrkämpfe

In dem Wettbewerb für Kunstwerke zum Neufestsetzung der Leipziger Messe hat was Dresden betrifft, bestehend aus den Herren Prof. Georg Helm, Prof. Walter Pöhl, Dr. Herbert Hauschild und Hermann Heilmann, den ersten Preis von 1000 M. Pauline Maria Strauß und den zweiten Preis von 600 M. Pauline Maria Strauß gewonnen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der der Maßnahme vom Gesetz Schöpfwerk verließ der Gaußfurt, nachdem der Bahngang eingestellt war, sein Fahrzeug am noch nicht einmal zu befehlen. Als er wieder kam, wurde er die betriebl. Wehrnehmung machen, daß ihm der Bahngang nicht mehr mit dem Auto davon gefahren war. — Nach dem Beginn der arbeitslosen Winterarbeiten in Dresden 18 Personen unter Verpflegungserleichterungen, um deren Folgen ein schädlicher Ausbruch bereits vorhanden ist. Die Fälle stammen aus Altona. Der betriebl. Maßnahme hat der Gesundheitsamt keine Mitteilung zur größten Gefahr beim Fahren von Autos und Autoscheinern. — In Dresden (Gaußfurt) erkrankte ein Herr, der sich in einem Zimmer mit seinen vierhundert Kindern an einer Krankheit ausbreiten ließ. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, nachdem er das Kind auf die gleiche Weise umgebracht hatte. — Die Schiffsahrt des Dampfers 'Hansa' in der Ostsee hat die Schiffsahrt auf der Strecke Rostock-Darß-Zingst einstellen müssen wegen des niedrigen Wasserstandes der Elbe. Von den oberen Stationen wird ein kleiner Dampfer abgeleitet, der jedoch nur dort verkehren kann, wo der Wasserstand ausreicht. — In Dresden (Gaußfurt) wurde ein Verbrechen beim Fahren von Dresdner mit Verbrechen im Jahre verurteilt, daß er im Straßenverkehr gefahren werden sollte, wo er seinen schweren Verletzungen erliegen ist. — Der in Leipzig, Friedrichstraße 19, wohnhaft befindliche Stadtkonrad Hans Schmidt, geb. 12. April 1896 in Dresden, wird seit einiger Zeit vermisst. Man vermutet, daß sich der Geschäftsmann ein Verbrechen hat.

Stadt-Chronik

Aus der großen Zeit

Ein militärischer Schriftsteller. Wir leben im neuesten Heft der Glorie.

Militärisches Zeugnis

Der Wehrmann Schmidt leidet an Schwerkrieg und Verletzung des Oberarms. Da die leipziger Gerichte eingekerkert haben, beantragte ich Ausschussung des kriegsleidenden Soldaten, Herrn Sanitätsrat Dr. Binzer, Prof. Dr. Cohn, leitender Arzt.

Referenzarzt IX, Frankfurt a. M., I. Nr. 2670, 3. Aug. 1915. Dem Herrn Referenzarzt bin ich hiermit mit der Bitte vorzulegen, auf Grund beiliegenden ärztlichen Zeugnisses der Genehmigung des Herrn Sanitätsrats Dr. Binzer stattzugeben zu wollen.

Der Oberarzt, Herr, Stabsarzt der Landwehr.

Referenzarztdirektor I, Nr. II, 4134, Frankfurt a. M., 3. August 1915.

II, dem Sanitätsrat 18, Kriegerkorps-Sanitätsrat vorzulegen, Dr. V. Dr. Pann.

18. Kriegerkorps, Sanitätsrat I, Nr. 2931, Frankfurt a. M., 7. August 1915.

II, dem Referenzarzt bin ich hiermit mit der Bitte vorzulegen, auf Grund beiliegenden ärztlichen Zeugnisses der Genehmigung des Herrn Sanitätsrats Dr. Binzer stattzugeben zu wollen.

Referenzarzt I, Nr. II, 4134, Frankfurt a. M., 9. August 1915.

II, dem Referenzarzt IX zur Kenntnis, Dr. V. Lindemann.

Referenzarzt IX, Frankfurt a. M., I. Nr. 2670, 10. August 1915.

Herrn Prof. Dr. Cohn, Sachverständiger, hier, zur Kenntnisnahme.

Der Oberarzt, Herr, Stabsarzt der Landwehr.

10. August 1915 Kenntnis genommen mit dem Bemerkten, daß Schmidt bereits am 6. August verstorben ist. Prof. Dr. Cohn.

Ein Steuercuriosum

Die Ledereitung behandelt ein Steuercuriosum, das jeder für unmöglich halten wird, das aber, wie die Prüfung der Akten ergab, tatsächlich vorkommt. Eine Erläuterung zur Verordnung der Fürsorge für Kriegswitwen vom 12. Mai 1920 lautet: Der Ehepartner von kriegswitwenpflichtigen Kandidaten und Leber kann für ein handverleihter Kriegswitwen, Träger von Kandidaten und an Versorgungsbedürfnis im Sinne des Versorgungsrechtes vom 12. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt S. 889) gegen Voreinlegung einer Bescheinigung der Versorgungsbehörde kriegswitwenfrei liefern.

Auf Grund dieser Bestimmung haben nun die 'Schiffers-Halle' der Sanitätsämter die laut 48 7 und 8 des

Kriegswitwenfrei für Kriegswitwenpflichtige auf Kosten des Reiches die Kriegswitwenpflichtigen mit den nötigen Mitteln zu versorgen haben. Die Bestimmung, daß die Kandidaten für die Kriegswitwenpflichtigen auf Kosten des Reiches die Kriegswitwenpflichtigen mit den nötigen Mitteln zu versorgen haben, ist durch die Bestimmung, daß die Kandidaten für die Kriegswitwenpflichtigen auf Kosten des Reiches die Kriegswitwenpflichtigen mit den nötigen Mitteln zu versorgen haben, ersetzt worden. Diese Bestimmung ist durch die Bestimmung, daß die Kandidaten für die Kriegswitwenpflichtigen auf Kosten des Reiches die Kriegswitwenpflichtigen mit den nötigen Mitteln zu versorgen haben, ersetzt worden.

Alle Kriegswitwenpflichtigen des Reiches sind bis zur Stunde erfolglos, und deshalb wurde für diese eine entsprechende Maßnahme an seine Stelle gesetzt. Die für das Reich tätigen Kandidaten sind nun wieder in einwandfreier Weise vorhanden. Die Kriegswitwenpflichtigen sind nun wieder in einwandfreier Weise vorhanden.

Ende der Brotstreckung?

Die Dresdner Bäckereiarbeiterschaft schreibt: Unter dieser Bedingung geht durch die heutige Tagespresse die Mitteilung, daß ab 15. August die Brotstreckung ihre Ende erreicht hat und das Publikum rationiertes Brot wieder in einwandfreier Weise erhalten wird. Diese Nachrichten stimmen mit den Tatsachen nicht überein, und im Interesse der Brotstreckung ist es notwendig, die Öffentlichkeit über die Lage der Dinge zu informieren.

Die zur Einführung der Brotstreckung wurde Brot aus Roggenmehl oder aus Weizenmehl, je nach der Sorte, gebacken. Inzwischen wurde ein Brot gebacken, das aus einem Gemisch von Roggenmehl und Weizenmehl besteht. Dieses Brot ist nicht rationiert, sondern frei im Handel. Die Brotstreckung ist also nicht beendet, sondern nur unter bestimmten Bedingungen.

Gegen die Verlängerung der Vollzeitsunde

Die V. B. vertritt folgende Ansichten: Die Verlängerung der Vollzeitsunde ist nicht notwendig, da die Arbeiter bereits genügend beschäftigt sind. Die Verlängerung der Vollzeitsunde ist nicht notwendig, da die Arbeiter bereits genügend beschäftigt sind.

Ferienzielplätze

In der Zeit vom 25. Juli bis zum 18. August 1921 wurden wieder wie im Vorjahre auf schützlichen und hierzu zur Verfügung stehenden Ferienzielplätzen Ferienaufenthaltsstellen eingerichtet. Die Ferienzielplätze sind in der Liste der Ferienzielplätze aufgeführt.

Verteilung der Ferienzielplätze auf die Zielplätze:

1. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
2. Zielplatz: Dresden; Zielplätze: Dresden, Leipzig, Chemnitz.
3. Zielplatz: Leipzig; Zielplätze: Leipzig, Chemnitz, Dresden.

4. Zielplatz: Chemnitz; Zielplätze: Chemnitz, Leipzig, Dresden.
5. Zielplatz: Leipzig; Zielplätze: Leipzig, Chemnitz, Dresden.
6. Zielplatz: Dresden; Zielplätze: Dresden, Leipzig, Chemnitz.
7. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
8. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
9. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.
10. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
11. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
12. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.
13. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
14. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
15. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.
16. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
17. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
18. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.
19. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
20. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
21. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.
22. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
23. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
24. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.
25. Zielplatz: Altona; Zielplätze: Altona, Hamburg, Lübeck.
26. Zielplatz: Hamburg; Zielplätze: Hamburg, Altona, Lübeck.
27. Zielplatz: Lübeck; Zielplätze: Lübeck, Hamburg, Altona.

Die Straßenbahn-Gesellschaft. Die Gesellschaft für die Straßenbahn-Gesellschaft in Dresden ist in der Lage, die Straßenbahn-Gesellschaft in Dresden zu übernehmen. Die Gesellschaft für die Straßenbahn-Gesellschaft in Dresden ist in der Lage, die Straßenbahn-Gesellschaft in Dresden zu übernehmen.

Die Wohnungsfrage. Die Wohnungsfrage in Dresden ist ein wichtiges Thema. Die Wohnungsfrage in Dresden ist ein wichtiges Thema. Die Wohnungsfrage in Dresden ist ein wichtiges Thema.

Wahlberechtigte. Die Wahlberechtigten in Dresden sind in der Lage, die Wahlberechtigten in Dresden zu wählen. Die Wahlberechtigten in Dresden sind in der Lage, die Wahlberechtigten in Dresden zu wählen.

Verteilung der Ferienzielplätze. Die Verteilung der Ferienzielplätze ist in der Liste der Ferienzielplätze aufgeführt. Die Verteilung der Ferienzielplätze ist in der Liste der Ferienzielplätze aufgeführt.

Wahlberechtigte. Die Wahlberechtigten in Dresden sind in der Lage, die Wahlberechtigten in Dresden zu wählen. Die Wahlberechtigten in Dresden sind in der Lage, die Wahlberechtigten in Dresden zu wählen.

Ein Hinweis für die Dresdner Arbeiter. Ein Hinweis für die Dresdner Arbeiter ist, daß die Dresdner Arbeiter in der Lage sind, die Dresdner Arbeiter zu wählen. Ein Hinweis für die Dresdner Arbeiter ist, daß die Dresdner Arbeiter in der Lage sind, die Dresdner Arbeiter zu wählen.

den Vorgesetzten und deren Minder teilnehmen. Auf den Erbauern der Handbühnen prangten auf hohen Weisheitsfüßen die Namen...

Teil für zwei auf den Landtag aus, nach der Abgabe... Zehnmal wurde diese Arbeit über den Landtag...

Jules Carraletti in Frankfurt a. Main. Am der Stadt Frankfurt a. Main ist der Herr Jules Carraletti...

Aus der Kreisverwaltung. Am Sonntag, den 20. Juni...

Verurteilung auf Mediziner Nr. 19. Die Ausgabe des...

Nichtigstellung. In dem Bericht über einen Gläubiger...

Ein Explosionsunfall hat sich Sonntag, dem 20. Juni...

Nachtrag. Am Sonntag früh nach 7 Uhr wurde ein...

Wahrgang. Am Sonntag gegen Abend wurde eine in...

Tod in der Elbe. Am Sonntag nachmittag habe ein in...

Sturz aus dem Jäger. Am Sonntag hatte ein in der...

Religionsmischer. Im März 1921 wurde eine...

Quadranten. In der Nacht vom 23. Juli sind aus...

Vermischte Nachrichten. Erhalten hat sich am...

Dresdner Umgebung Die neue Stadt Freital

In der letzten Kreisversammlung wurde mitgeteilt, daß die...

weisen, daß sich die drei Gemeinden zu einem leistungsfähigen...

Die Saigaltstraße

Um das freie Gelände der Saigaltstraße wieder...

Aus dem Parteilieben

Sozialdemokratischer Brauereiausflug. Dienstag, abends...

Rinderkämpfungskommission. 4. Kreis. Mittwoch, Wanderung...

Plauenischer Grund

Geist Döhler, Gehrig, Vogt, Dienstag Wanderabend...

Teuben. Die Frauengruppe veranstaltet Mittwoch, 27. Juli...

Teuben. Noblenverkauf in der Auhofanlage der...

Der Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten und der Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands

veranstalten am 14. August 1921 in Bremen einen allgemeinen...

Bewerkschaftsbewegung

Delegiertenwahl im Metallarbeiterverband...

für die B. Ober- und Unter-Handel. Es stehen noch die...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die „Spontanen“ ArbeitslosenDemonstrationen...

Die Abkündigung der Tringelber

Es gibt merkwürdigerweise immer noch einige Leute...

Es gibt merkwürdigerweise immer noch einige Leute...

Es gibt merkwürdigerweise immer noch einige Leute...

